

## **Potsdamer Neueste Nachrichten**

01. November 2003

### **Rückzug aus der Fläche, ab in die Mitte**

Brandenburgs Innenstädte veröden. Gemeinden und Wirtschaftsverbände fordern Geld für die Zentren. von Thorsten Metzner

**Potsdam.** Brandenburgs Städte in Nöten: Der Wiederaufbau ihrer historischen Zentren droht nach Fortschritten in den letzten Jahren wieder ins Stocken zu geraten, weil die öffentlichen Kassen immer knapper und Investoren wegen der Wirtschaftskrise werden. Gleichzeitig wächst wegen sinkender Einwohnerzahlen der Leerstand. Um Gegenstrategien zu entwickeln, wurde am Mittwoch ein „Innenstadt-Forum-Brandenburg“ von Kommunen und Wirtschaftsverbänden gegründet. „Es sind mehr denn je intelligente Konzepte gefragt“, sagte Victor Stimming, Präsident der Potsdamer Industrie- und Handelskammer. Seine Forderung: Wohn- und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese dürften überhaupt nicht gefördert werden.

Denn insbesondere die Städte in den dünnbesiedelten Randregionen müssen sich wegen der Abwanderung junger Leute und der Geburtenrückgänge auf massive Bevölkerungsrückgänge einstellen – teilweise um bis zu 20 Prozent.

So wird die Stadt Brandenburg im Jahr 2015 nur noch 67 000 Einwohner haben, 24 000 weniger als noch 1999. Oder Wittenberge, wo künftig nur noch 17 951 Menschen leben werden – 10 219 weniger als 1999. „Das Problem: Viele Städte sind noch nicht darauf eingestellt. Da ist die Wachstumseuphorie der 90er Jahre noch in vielen Köpfen, und in den Stadt-Konzepten“, sagte Klaus Eichler, zuständiger Abteilungsleiter für Städtebau im Bauministerium. Er sieht die Landesregierung im Zugzwang. Gerade wegen der immer knapperen Kassen – gerade erst wurden Kürzungen bei der Städtebauförderung im Haushalt 2004 verhindert – müssten die Ministerien Egoismen überwinden und Mittel ressortübergreifend für die Innenstädte gebündelt werden. Dass die Städte immer kleiner werden, sei jedoch auch eine Chance, betonte Eichler. „Die Ressourcen müssen konzentriert werden“, forderte auch Rainer Baatz, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungsträger im Land Brandenburg. Er appellierte an die Landesregierung, die angekündigte Neuausrichtung der Regional- und Förderpolitik „auf eine Stabilisierung der Innenstädte auszurichten“. Baatz sprach dabei aus, wovor Brandenburgs Politik bisher zurückschreckt: „Das bedeutet zwangsläufig einen gewissen Rückzug aus der Fläche.“ Das heißt im Klartext: Statt das knappe Geld weiter in aussterbende Mini-Dörfer zu stecken, sollte es auf die Städte in den ländlichen Regionen konzentriert werden. Denn bei deren Sanierung, so Baatz, sei erst die Halbzeit erreicht.

Erst recht, weil die Lage für Handel und Gewerbe in den Städten nach wie vor schwierig ist, wie Potsdams Baudezernentin Elke Kuick-Frenz betonte. „Eigentlich müsste das Geld für die Sanierung in den Erdgeschoss verdient werden.“ Aber selbst in der Landeshauptstadt Potsdam, die die höchste Kaufkraft Ostdeutschlands habe, reiche der Umsatz im Einzelhandel der Innenstadt bisher nicht aus.

In anderen Städten und Regionen sieht es noch schlimmer aus. So klagten in einer Umfrage des Einzelhandelsverbandes Frankfurt / Oder unter Innenstadthändlern Ostbrandenburgs 70 Prozent aller Befragten über Umsatzrückgänge. Diese hätten ihre Ursache nicht nur in der aktuellen wirtschaftlichen Lage, so die einhellige Klage, sondern auch in Konkurrenz durch Einkaufszentren auf der grünen Wiese. So warnte IHK-Präsident Stimming: „Brandenburgs Innenstädten wird schleichend die Existenzgrundlage entzogen.“